

Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Drucksachen-Nr. 121/2008				
<table border="1"> <tr> <td>X</td> <td>Öffentlich</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Nicht öffentlich</td> </tr> </table>		X	Öffentlich		Nicht öffentlich
X	Öffentlich				
	Nicht öffentlich				
Antrag					
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des				
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Rates am 28.02.2008				

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2008 zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten

Inhalt:

@->

Mit Schreiben vom 28.01.2008 beantragt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Rat der Stadt Bergisch Gladbach möge die Kampagne für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten unterstützen sowie den Bundestag und den Bundesrat auffordern, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen. Der Antrag ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Gemäß § 1 Abs. 2 Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach sind alle Angelegenheiten, über die der Rat Beschluss fassen soll, vorher von den Ausschüssen des Rates zu beraten, soweit sie in deren Zuständigkeit fallen.

Angelegenheiten, die nicht einem anderen Ausschuss zugewiesen sind, fallen in die Zuständigkeit des Hauptausschusses (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 Zuständigkeitsordnung).

Berührt ein Antrag einer Fraktion die Zuständigkeiten eines Fachausschusses, ist er ohne Aussprache an den betreffenden Ausschuss zu überweisen (§ 12 Abs. 1 Geschäftsordnung).

Entsprechend dieser Regelung schlage ich vor, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2008 ohne Aussprache an den Hauptausschuss zu überweisen. Die nächste Sitzung des Gremiums findet am 15.04.2008 statt.

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	